



Pressespiegel

Ausgabe: 16.08.2023



Warnt vor einer „grauen Wohnungsnot“ bei Baby-Boomer-Rentnern: Karina Pfau. Die Vorsitzende der IG BAU Duisburg-Niederrhein befürchtet außerdem in den kommenden Jahren eine zunehmende „Wohn-Altersarmut“.

„Wenn die Wohnkosten weiter in dem Tempo der letzten Jahre steigen, werden viele Senioren, die damit heute längst noch nicht rechnen, ihren Konsum einschränken müssen. Ältere Menschen werden die hohen Mietpreise oft kaum noch bezahlen können. Für viele wird es dann finanziell richtig eng. Deshalb werden auch in Duisburg und am Niederrhein künftig deutlich mehr Menschen als heute auf staatliche Unterstützung angewiesen sein, um überhaupt ein Dach über dem Kopf zu haben“, so Pfau.

Um den Wohnungsmarkt für die kommende Rentnergeneration besser vorzubereiten, fordert die IG BAU die Schaffung von mehr preiswertem, vor allem aber auch altersgerechtem Wohnraum. Die Bezirksvorsitzende der IG BAU Duisburg-Niederrhein: „Deshalb brauchen wir auch für den heimischen Wohnungsmarkt klare finanzielle Anreize. Angesichts der drohenden ‚grauen Wohnungsnot‘ ist deutlich mehr Geld für den Neubau von Seniorenwohnungen, aber auch für die altersgerechte Sanierung bestehender Wohnungen erforderlich.“ Hier seien alle gefordert – Kommunen, Land und Bund.

Das Bundesbauministerium stelle in diesem Jahr einen Fördertopf von 75 Millionen Euro über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für den altersgerechten Umbau von Wohnungen zur Verfügung. „Das Geld wird dringend gebraucht. Aber es reicht bei Weitem nicht. Das hat das letzte Jahr gezeigt. Da gab es exakt die gleiche Fördersumme. Und der Topf war ruckzuck ‚leergefördert‘: Schon nach sechs Wochen war kein einziger Förder-Euro mehr da. Da muss mehr passieren“, fordert die IG BAU-Bezirksvorsitzende Karina Pfau.

Zusätzlich schlägt die IG BAU eine Selbstverpflichtung für große Wohnungskonzerne vor. Karina Pfau: „Mit Blick auf den eklatanten Mangel an Seniorenwohnungen sollten sich die Wohnungsunternehmen verpflichten, einen bestimmten Anteil freiwerdender Wohnungen altersgerecht umzubauen.“ Dieser sollte bei mindestens 20 Prozent liegen.